

Die mit der Pistole herrschen

Die Vorbereitungen zur *Loya Jirga* zeigen, daß in Afghanistan die Zeit der *Warlords* abläuft

Ein Bericht von Thomas Ruttig

Schnee peitscht über weiß behauchte Wiesen, als sich die beiden schwarzen *Chinook*-Hubschrauber in das frostige Gebirgstal senken. Ein paar Neugierige, die sich zu nahe an den Landeplatz gewagt haben, schlagen Purzelbäume, als der Luftdruck des Rotors sie trifft. Noch vor wenigen Monaten hätten die gepanzerten Kampfmaschinen in Tulak im Nordwesten Afghanistans für Entsetzen gesorgt und Familien Hals über Kopf in die Berge flüchten lassen. Heute hingegen hat sich die gesamte männliche Dorfbevölkerung zu ihrem Empfang eingefunden, denn die von britischen Spezialtruppen geflogenen Helikopter haben keine tödlichen Raketen geladen, sondern eine gute Tonne Reis und Weizen.

Begleitet wird diese Fracht von Nur Muhammad Qarqin und Abdul Salam Rahimy, Mitgliedern der unabhängigen Kommission, die im Juni die traditionelle Große Versammlung (*Loya Jirga*; siehe Kasten) einberufen wird, die dem Land erstmals 1973 wieder eine auf dem Willen des Volkes beruhende Regierung bringen soll, und zwei UN-Mitarbeitern, die deren Arbeit unterstützen. Sie versuchen, diese Botschaft auch in die entlegensten Ecken des unwegsamen 20-Millionen-Landes zu tragen. Tulak ist schon der dritte Etappenort, den die Delegation heute besucht.

Jeder Sack mit Lebensmitteln wird benötigt in dem von vielleicht 600 Familien bewohnten Ort. Fast genauso viele haben Tulak verlassen, das in den letzten drei Kriegsjahren noch zusätzlich von einer Dürre getroffen wurde. Die Quellen versiegten, aus denen die Bauern ihre Felder bewässerten, viel fruchtbarer Boden blieb unbestellt. Viele Flüchtlinge aus Tulak gingen auf Arbeitssuche in den Iran, aber die meisten leben nun im Lager Maslach in

der Nachbarprovinz Herat. Mit wahrscheinlich einer Viertelmillion Menschen ist Maslach das größte Camp so genannter Binnenflüchtlinge in Afghanistan. Die Lebensbedingungen dort sind katastrophal. Aber immerhin gelangt humanitäre Hilfe leichter dorthin als nach Tulak.

Die beiden britischen Hubschrauber hatten die 100 Kilometer von Tshagh-tscheran, dem Zentrum der Provinz Ghor, in knapp 45 Minuten bewältigt und dabei spielend die Westausläufer des Hindu-kusch-Gebirges überwunden, die hier immer noch bis an die 4.000 Meter aufragen. Der LKW einer NGO brauchte wenige Tage zuvor für die gleiche Strecke am Boden gut acht Stunden; seine Besatzung mußte sich streckenweise durch zwei Meter hohen Schnee schaufeln. Trotzdem ist auch in diesem Jahr wieder zu wenig Schnee gefallen. Ein ehemaliger Offizier, der genug hatte vom Waffenhandwerk, rechnet nicht damit, daß seine ehemaligen Nachbarn bald zurückkommen.

Dem kriegs- und dürrebeschädigten Tulak sieht man nicht an, daß sich in der Gegend vor etwa 800 Jahren das Zentrum eines mächtigen Reiches befand. Neben weiten Teilen des heutigen Afghanistans beherrschte es damals halb Indien einschließlich Delhis. Nur noch der Name eines Hügels - Malik Kantar - mit den Resten eines alten Forts, benannt nach einem örtlichen Herrscher, der den Widerstand gegen das Heer Dschingis Khans angeführt haben soll, erinnert an die glorreichen Zeiten.

Seither sind noch andere Stürme über Tulak hinweggefegt und haben nur eine Ansammlung einfacher Lehmhäuser übriggelassen. Im dürrtügen Bazar, zwei Länderecken entlang der unbefestigten Hauptstraße, gibt es außer den notwendigen Lebensmitteln kaum etwas zu kau-

fen. Batterien für die wenigen Transistorradios sind ausgesprochene Luxusgüter und selbst Äpfel für die meisten Einheimischen unerschwinglich.

Die letzte Welle der Zerstörungen in Tulak verursachten die Taliban. Sogar eine Moschee fiel ihnen zum Opfer. Von deren Minarett blieb nur ein verwitternder Stumpf, und da das Dach eingestürzt ist, verblaßt die blaue Bemalung der nach Mekka weisenden Gebetsnische langsam in Wind und Wetter. In ganz Ghor brannten die Koranschüler-Miliz Tausende Häuser nieder, um den örtlichen Widerstand zu brechen. Der wurde vom jetzigen Provinzgouverneur, Dr. Muhammad Ibrahim Malekzade, angeführt, der für seine spektakulären Aktionen bekannt war - einmal schickte er gefangene Taliban nur in Unterhosen aus den Bergen zurück zu ihren Kumpanen. Aber über ihn kursieren auch Berichte von Menschenrechtsverletzungen...

Dr. Ibrahim, wie er überall genannt wird, hat über Satellitentelefon längst das Kommen der Besucher nach Tulak signalisiert. Und so sind schon aus der Luft Reihen von Menschen mit Fahnen und Transparenten auszumachen, die den hangauf ins Dorf führenden Weg säumen. Auch im von Pappeln und Korbweiden gesäumten Basar von Tulak weht auf den Lehmhäusern die schwarz-rot-grüne afghanische Trikolore, die die von der Bonner Afghanistan-Konferenz im Dezember vergangenen Jahres eingesetzte Interimsregierung gerade wieder offiziell zum Staatssymbol erklärt hatte.

Auf einem freien Feld ein kleines Stück oberhalb des Dorfes wird die Vollversammlung der - wieder nur männlichen - Dorfbevölkerung zusammen gerufen. In engen Kreisen hocken und umstehen alt und jung die Gäste. Handgemalte Schil-

der mit Friedensparolen werden hochgehalten. „Möge die [*Loya-Jirga*]-Kommission erfolgreich sein!“ Ein uralter Verstärker und eine Autobatterie betreiben einen Handlautsprecher, über den ein Mullah, von Rückkopplungen gestört, Koranverse spricht. Schuljungen, denen die Situation nicht geheuer ist, tragen vom Dorflehrer verfaßte Verse vor, die die Heldentaten des *Jihad* und den Frieden lobpreisen.

Dann bittet einer der Dorfhonoratioren den „verehrten Herrn Gouverneur und berühmten Mujahed“ seine Rede zu halten. Unter Beifall erklärt er, daß er die neue Interimsadministration unter Hamid Karzai unterstützte, spricht von Demokratie und davon, daß seit dem Fall der Taliban in Ghor alle Waffen eingesammelt worden seien. Er verkündet sogar, daß sich in „seiner“ Provinz „Männer und Frauen“ an den Wahlen zur *Loya Jirga* beteiligen könnten - obwohl Frauen während des ganzen Besuchs in Tulak nirgends zu sehen sind.

Etwas später, im noch entlegeneren Taiwara, von einer roten Lehmmauer und Wehrtürmen gleicher Farbe geschützt, nehmen 50 Frauen am *Loya Jirga*-Meeting teil. Zwar halten sie sich im Hintergrund, fallen aber mit ihren bunt bestickten Kleidern sofort ins Auge. Am nächsten Tag, in der Provinzhauptstadt, hat sich die Frauenfrage noch weiter entwickelt: Eine Lehrerin darf, ihren Schleier über die Haare zurückgekrempt, so daß das Gesicht sichtbar wird, eine der zahlreichen Reden halten. Daß dies überhaupt möglich ist und ein halbes Dutzend weiterer Frauen in der ersten Reihe der Zuhörer sitzt, ist wichtiger als der Inhalt der Rede.

Die Meetings in Tulak, Taiwara und Tschaghtscheran sind wohl organisiert, die Reden einstudiert, freie Meinungsäußerungen der Zuhörer kaum und erst nach ausdrücklicher Bitte der Gäste möglich. Das läßt Zweifel an der demokratischen Wandlung früherer Mujaheddin wie Dr. Ibrahim aufkommen. Im Land mehren sich unterdessen Stimmen, die befürchten, daß in Kabul aufs neue - nach den Kandaharer Taliban - eine kleine örtliche Machtgruppe versucht, die Macht zu monopolisieren und dafür die vom Westen vorgegebene Anti-Terrorismus-Rhetorik imitiert. Wird der Westen, wie schon im ersten kalten Krieg, wieder undemokratische Regime als Verbündete akzeptieren? Wird die demokratische Öffentlichkeit dies tolerieren?

Die demokratische Rhetorik der *Warlords* und selbst ehemaliger Taliban ist aber auch ein Zeichen ihrer Verunsicherung. Erstmals in der langen Geschichte der Friedensbemühungen in Afghanistan sind nicht in erster Linie die Kriegsparteien die Adressaten, sondern vor allem die kriegsmüde und demokratiehungrige Bevölkerung. So lavieren die neuen alten Machthaber - sie regierten Kabul schon zwischen 1992 und 1996 - zwischen Anpassung an die vorherrschende Stimmung, die trotz Reglementierung überall an die Oberfläche dringt, und dem Streben nach Macht-sicherung.

Am nächsten Morgen in Tulak: Die Dorfbewohner haben sich zu Hunderten vor dem Gebäude der NGO versammelt, in dem die Gäste die Nacht verbracht hatten. Kommissionsmitglieder und UN-Mitarbeiter mischen sich unter sie. In großen Gesprächskreisen wird mit weitaus-

holenden Gesten und viel Pathos frei von der Leber weg geredet. Wer zu lange redet, wird darauf hingewiesen, daß auch andere noch etwas sagen wollen. Von den „*Tufang-salaran*“ ist die Rede - „die mit der Pistole herrschen“. „*Mardom-salari*“ - Volksherrschaft - statt „*kumandan-salari*“ - Warlordismus - wolle man, erklärt ein Alter unter zustimmendem Gemurmel. Dann betritt der Gouverneur den Kreis, die Runde verstummt, eine minutenlange peinliche Pause tritt ein.

Warum das so ist, erklärt Dr. Abdul Khaliq, Arzt im örtlichen Krankenhaus, der die Besucher unauffällig zur Seite nimmt. Die Kommandeure seien noch immer am Ruder, die Waffen nur verborgen. Die Dorfbewohner fürchteten Repressalien und hätten deshalb Angst, sich öffentlich anders als der Gouverneur zu äußern. Der Mediziner überreicht eine handgeschriebene Petition, versehen mit zwölf oder fünfzehn verschnörkelten Unterschriften oder Daumenabdrücken. 100 andere Leute würden dahinter stehen. Sie enthält sechs Empfehlungen, oder soll man sagen, dringende Appelle an die UN. Punkt eins: Vor der *Loya Jirga* müssen alle bewaffneten Gruppen entwaffnet und Friedenstruppen stationiert werden. „Sonst“, so fügt der Mediziner hinzu, „wird das Ergebnis wieder bitter sein für uns“, auf frühere gescheiterte Friedensbemühungen verweisend.

Ähnliches wiederholt sich, als die Kommissionsmitglieder in den Osten des Landes reisen. In einer Moschee in der Provinz Laghman versuchen örtliche Kommandeure, die Meetings mit der Bevölkerung durch Dauerreden unter Kon-

Afghanistans *Loya jirga*

Loya jirga heißt auf Pashtu „großer Rat“ und ist Afghanistans traditionelle Versammlung der Stammesführer. Sie kommt einer breiten Vertretung der männlichen Bevölkerung am nächsten. Früher dienten *Loya jirgas* dazu, Stammeskonflikte zu lösen, Reformen zu besprechen oder eine neue Verfassung zu verabschieden. Auf der Bonner Afghanistan-Konferenz beschlossen wurde im Dezember beschlossen, daß eine „Not-*Loya jirga*“ zum Ende der sechsmonatigen Amtszeit der Interimsregierung von Hamid Karsai eine

weitere, breiter legitimierte Übergangsregierung mit 18-monatiger Amtszeit einsetzen soll. Die Versammlung soll auch über die Staatsform entscheiden und eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung berufen. Diesen Verfassungsentwurf hat dann zu einem späteren Zeitpunkt eine gesonderte *Loya jirga* zu verabschieden.

1928 forderte König Amanullah seine Frau Soraya im Rahmen einer *Loya jirga* auf, ihren Schleier abzulegen, um für soziale Reformen zu werben. Dies gelang

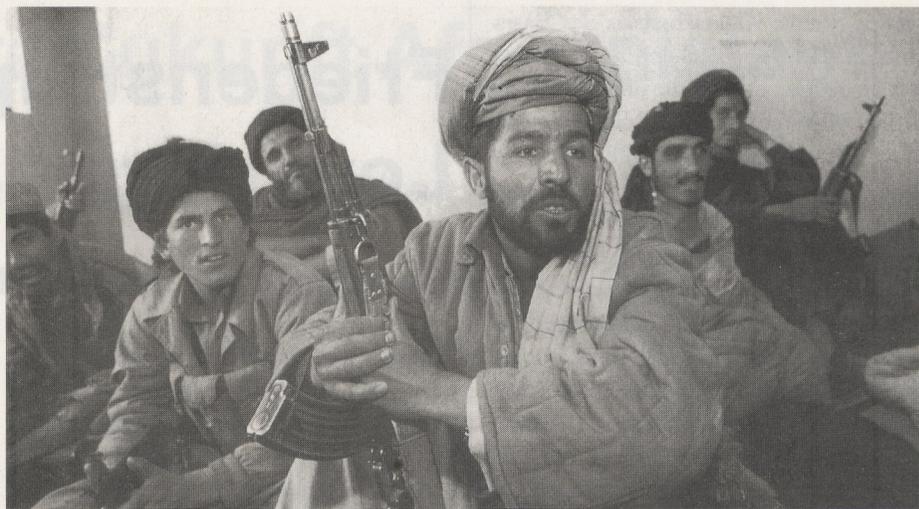
allerdings nur vorübergehend. 1964 ließ König Zahir Shah per Votum einer *Loya jirga* die heute weitgehend gültige Verfassung verabschieden. Diese Versammlung gilt als bislang letzte legitime *Loya jirga* in der afghanischen Geschichte. 1987 ließ der Kommunist Najibullah durch eine manipulierte *Loya jirga* sein Regime legitimieren. Die für den kommenden Juni geplante Not-*Loya jirga* soll der seit 1973 im römischen Exil lebende Ex-König Zahir Shah eröffnen und symbolisch leiten.

Sven Hansel

trolle zu halten. Doch unter den pashtunischen Stämmen, die auf ihre traditionelle Autonomie stolz sind, läßt sich der Freiheitsgeist nicht so leicht zähmen. Die versammelten Stammeshonoratioren lassen die Reden der Offiziellen noch schläfrig über sich ergehen, während die Dorfjugend durch Türen und Fenster in den überfüllten Gebetsraum späht, wo das Treffen stattfindet. Als schließlich der Angesehenste im Dorf, Mussa Khan Stor, der einst dem König als General diente, das Wort ergreift, schlägt die Stimmung um. Ein paar knappe Sätze umreißen, was die Leute hier im Dorf Qarghayi wollen: Frieden, Sicherheit und eine *Loya Jirga*, denn die sei pashtunische Tradition, um Konflikte zu lösen. Mulla Nematullah spricht davon, daß der Islam – „eine vollkommene Religion“ - Wahlen, individuelle Rechte und Bildung für Frauen beinhalte. Dorflehrer Abdul Hafiz schließlich fordert das Prinzip „eine Person, eine Stimme - damit hinterher niemand sagen kann, er habe nicht Bescheid gewußt“. Dann wendet er sich an die Versammelten und fragt: Wollt Ihr die *Loya Jirga*? Ein vielstimmiges Ja dringt aus dichten Bärten, unter ausladenden Turbanen hervor. Werdet ihr irgendeine Einmischung in die Wahl der *Loya Jirga*-Mitglieder dulden? Niemals!! In faltigen Gesichtern leuchten die Augen auf, als sogar der ehemalige König Zahir Shah erwähnt wird, der vielen Afghanen trotz seines hohen Alters als einzig möglicher Retter erscheint.

Nach dem Meeting wiederholt sich, was schon in Tulak geschah: Dutzende würdige Herren drängen sich um die viel jüngeren Besucher, um ihnen mitzuteilen, nur ja nicht zu glauben, daß sie die Meinungen der Kommandeure teilten. Sie selbst würden dafür sorgen, daß nur solche Leute zur *Loya Jirga* geschickt würden, die auch wirklich ihre Meinung vertreten.

Nie waren die Bedingungen für unterschiedliche politische Kräfte so günstig wie heute, meint in Kabul optimistisch ein junger Arzt, der sich schon unter den Taliban dem demokratischen Untergrund angeschlossen hatte. Aber noch haben die *Tufang-salaran* Macht. Viele Afghanen befürchten Repressionen, wenn sie öffentlich die Stimme erheben. Auch die vielen kleinen demokratischen Gruppen und nach islamischen Prinzipien gebildeten



Tufang-salaran - „... die mit der Pistole herrschen...“.
Noch immer bedrohen die Warlords den Frieden (Foto: Archiv)

örtlichen Räte (*Shuras*), einige lange vor dem 11. September entstanden, wagen noch nicht, an die Öffentlichkeit zu treten. Mutiger sind da schon Frauenorganisationen, die ebenfalls wie Pilze aus dem Boden schießen und die von den Machhabern eher toleriert werden, weil sie nicht in erster Linie politisch, sondern sozial ausgerichtet sind.

Ob am Ende die *Loya Jirga* wirklich die Mehrheitsmeinung der Afghanen zum Ausdruck bringen wird, ist nicht sicher. Die Gegenkräfte sind stark, verfügen über umfangreiche finanzielle Mittel, die die Geheimdienste umliegender Staaten bereits wieder ins Land pumpen. Längst hat eine neue Runde des geheimen Krieges in Afghanistan begonnen. Währenddessen läßt eine umfangreichere Hilfe des Westens - sowohl humanitärer als auch politischer Natur - trotz der umfangreichen Zusagen der Tokioter Geber-Konferenz im Januar diesen Jahres weiter auf sich warten. Vor allem vorhandene demokratische Kräfte bleiben faktisch auf sich allein gestellt. Wie bereits nach 1979, nach der sowjetischen Invasion, als der Westen ausschließlich die Fundamentalisten finanzierte.

Abhängen wird der Erfolg der *Loya Jirga* und des gesamten, Ende 2001 in Bonn unter UN-Ägide begonnenen Friedensprozesses davon, ob die internationale Gemeinschaft ihre den Afghanen gegebenen Versprechen diesmal einhält. Dafür ist langer Atem nötig, denn die für Juni geplante *Loya Jirga* ist nur eine Etappe auf

dem Weg. Danach soll eine neue Übergangsadministration - sie heißt deshalb noch nicht „Regierung“, weil sie nicht frei gewählt wird - eine neue Verfassung ausarbeiten, die eine weitere *Loya Jirga* bestätigen soll. Auf deren Grundlage werden dann international beobachtete Wahlen stattfinden, die Afghanistan erstmals seit 1973 wieder eine legitime und damit hoffentlich stabile Regierung bringen sollen.

Doch vorerst ruht für fast alle Afghanen heute die Hoffnung auf einer Stationierung von Soldaten der internationalen Sicherheitstruppe ISAF auch außerhalb Kabuls. Dort sollen sie der Bevölkerung für einen relativ freien Auswahlprozeß zur *Loya Jirga* nötige Sicherheitsgefühl verleihen. Doch dafür fehlt bisher ein Mandat des UN-Sicherheitsrates. In der US-Regierung will vor allem der Flügel um Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eine Ausweitung der US-Rolle verhindern, die nötig wäre, weil ISAF ohne US-Luft- und logistische Unterstützung nicht handeln kann. *'Nation-building'* ist ihnen ein ideologisches Gräuel, weil mit der Politik der Clinton-Regierung verbunden, unter der Menschenrechte noch einen höheren Stellenwert besaßen. Aber das genau wäre nötig, denn die Institutionen der afghanischen Nation müssen wiedererrichtet werden, wenn in dem Land am Hindukusch Stabilität einkehren soll.

Währenddessen betreiben Qarqin, Rahimy und die 19 anderen Mitglieder der *Loya Jirga*-Kommission, darunter drei

Frauen, weiter Kleinarbeit an der Basis. Sechs der 32 afghanischen Provinzen haben sie bisher besucht, die übrigen folgen in den nächsten Wochen. Nach dem afghanischen Neujahrsfest am 21. März wird die Kommission die Kriterien veröffentlichen, nach denen die *Loya Jirga* zusammengesetzt und arbeiten wird. Dann folgt eine Art afghanischer Wahlkampf: Über 360 Distrikte werden in Massenmeetings ihre Delegierten für die *Loya Jirga* bestimmen, und bis dahin muß die Kommission mit Unterstützung der UN und ISAF einen landesweiten Beobachtungs- und Sicherheitsmechanismus aufgebaut haben, der eine möglichst freie Abstimmung ermöglicht.

Auf dem Rückweg vom Meeting in Qarghayi, über die 120 Kilometer lange, vom Frühlingsregen aufgeweichte Schlaglochpiste zwischen Jalalabad und Kabul, die die meistbefahrene Straße Afghanistans ist, verspätet sich die Delegation. Bis zur nächtlichen Ausgangssperre um 22 Uhr wird sie es nicht mehr bis Kabul schaffen. Und der nächste Straßenabschnitt gilt ab Einbruch der Dunkelheit als unsicher.

Erschöpft nehmen die Kommissionsmitglieder Nachtquartier in einer Herberge am Wegesrand. Der junge Inhaber läßt ein paar übriggebliebene Kebabs auftischen, schickt nach Mandarinen und Granatäpfeln auf den Basar. Die örtliche *Shura* findet sich mit Kalaschnikow-bewehrten Wachen ein, geführt von einem Kommandeur, in dessen Einflußgebiet Ende vergangenen Jahres mehrere Journalisten ermordet worden sind. Geduldig werden die Prinzipien der *Loya Jirga* besprochen, während ein Ghettoblaster BBC-Nachrichten auf Persisch überträgt. Der Kommandeur stellt Posten vor die Tür der Herberge, neue Gäste werden nicht hereingelassen - nur zur Sicherheit der Gäste. Ein Kommissionsmitglied resümiert, als es sich zur Nacht auf einer dünnen Matratze so bequem als möglich macht: „Jeder Besuch in einem Distrikt ist eine Herausforderung an die Macht der Kommandeure.“

► **Zum Autor:** *Thomas Ruttig ist Mitarbeiter der UN-Sondermission für Afghanistan (UNAMA) in Kabul und war als UN-Sonderdelegierter Teilnehmer der Bonner Afghanistankonferenz.*

Friedenstruppen für die Loya Jirga!

Ein Kommentar von Jan Heller, Kabul

Die Lage in Afghanistan ist relativ friedlich“, meint US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Na, dann ist ja alles in Ordnung. Nur ein paar versprengte Bin-Ladisten springen über Bergwiesen, aber mit denen wird man ja spielend fertig. Ein paar ‘Daisy Cutters’ (Löwenzahnschneider), ein paar Cluster-Bomben, ein paar Höhlen-Buster, und gelöst ist die Afghanistan-Frage. Mehr Soldaten für die Nichtkombattanten-Schutztruppe ISAF, die den Friedensprozeß sichern soll, seien jedenfalls nicht nötig.

Man kann sich wirklich nur an den Kopf greifen. Haben Rumsfeld und Co. den 11. September schon vergessen? Haben sie je begriffen, was diese Terroranschläge erst möglich machte? Daß Talibanistan ein kollabierter Staat war, der Leuten vom Schlage Bin Ladens ein freies Wirkungsfeld garantierte. Daß sich das erst ändern wird, wenn in Afghanistan wieder eine von innen und nach außen legitime Regierung existiert. Karzais Interimsverwaltung ist das nicht, das sagt selbst der UN-Gesandte für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, immer wieder. Sie heißt deshalb auch noch nicht einmal „Regierung“.

Den Weg, der zu einer solchen legitimen Regierung führt, hat das Bonner Afghanistan-Abkommen vom Dezember 2001 vorgezeichnet. Noch ist es ein langer Weg dahin. Bis zu freien Wahlen dauert es noch mindestens zwei Jahre. Bis dahin muß die internationale Gemeinschaft durch- und an ihren Hilfsversprechen festhalten.

Die nächste Hürde ist die *Emergency Loya Jirga* im Juni. Die Afghanen müssen darauf vertrauen können, daß sie ihre Abgesandten dafür wirklich frei bestimmen können. Das ist aber - entgegen Rumsfelds Behauptung - fraglich. Die Entwaffnung der Warlords und ihrer Anhänger hat noch nicht einmal ansatzweise begon-

nen, weil ISAF sich bisher nicht über Kabuls Stadtgrenzen hinauswagt. Der Fundamentalisten-Flügel im derzeitigen Regime, die Rabbanis und Sayyafs, verteilen offen Geld und Waffen, kaufen Stimmen, platzieren ihre Leute, um ihre Rückkehr an die Macht durch die *Loya Jirga* vorzubereiten. Kommen sie damit durch, hat Afghanistan ein „demokratisch“ legitimes Fundo-Regime. Das wäre eine Katastrophe.

Schickt Friedenstruppen, entwaffnet die Warlords, bitten deshalb die Dorfältesten von Herat bis Paktia die Mitglieder der *Loya Jirga*-Kommission, die derzeit kreuz und quer durchs Land reisen.

Und die Weltgemeinschaft? In einem hat Rumsfeld leider Recht: Die Reihe der Staaten, die zu einer ISAF-Aufstockung bereit wären, ist kurz. Auch Deutschland, in Sachen Afghanistan humanitär und politisch ansonsten sehr aktiv, sieht sich außer Stande, außerhalb Kabuls - und dort entscheidet sich die *Loya Jirga* - an ISAF mitzuwirken. Afghanistans Interimsstaatschef Hamid Karzai mußte das gerade in Berlin hören.

Das Vertrauen der Afghanen in der Friedensprozeß sinkt bereits wieder. Es wird seinen Tiefpunkt erreichen, wenn die (indirekten) Wahlen zur *Loya Jirga* im April und Mai direkt unter den Mündungen der Kalaschnikows stattfinden.

► **Zum Autor:** *Jan Heller ist freier Korrespondent mit Sitz in Kabul und schreibt für mehrere große deutschsprachige Tageszeitungen.*